RADAR

MYTHOS INNOVATION

DENKANSTÖSSE FÜR EINEN ZUKUNFTSFÄHIGEN ERFINDERGEIST

2016
In Zusammenarbeit zwischen Allreal
und dem Think Tank W.I.R.E.

WIEVIEL INTERVENTION BRAUCHT INNOVATION?

von
CASPAR HIRSCHI

Wir leben in einer Zeit der Innovationshysterie. Noch nie wurde so viel über Innovation geschrieben und gesprochen wie heute. Dabei ist es erst gut fünfzig Jahre her, dass das Wort «Innovation» in der deutschen Sprache gebräuchlich wurde. Was wir mit ihm bezeichnen, hat es natürlich schon vorher gegeben (manche behaupten, sogar in höherem Mass als heute), aber man hat nicht einen solchen Lärm darum gemacht. Warum nicht? Das Thema war noch weniger stark mit Heilserwartungen und Untergangsszenarien besetzt. In den vergangenen Jahrzehnten ist in der Wirtschaft ein Kult des Neuen entstanden, der religiöse Züge trägt. Die laute Nervosität, mit der wir heute Innovation beschwören, ist von zwei Glaubenssätzen geleitet, die ebenso zu den Produkten des Silicon Valley gehören wie das Smartphone und die Suchmaschine.

KREATIVE ZERSTÖRUNG UND AUTOMATISIERUNG

Der erste Glaubenssatz lautet: Wer nicht innovativ ist, wird kreativ zerstört. Als sein Prophet gilt Joseph Schumpeter, der 1942 in seinem Buch Capitalism, Socialism and Democracy den Begriff der «creative destruction» geprägt hat. Allerdings haben die heutigen Prediger der kreativen Zerstörung vergessen, dass Schumpeter den Kapitalismus selbst zu ihren Opfern zählte. Ginge es nach seiner Prognose, hätte die kapitalistische Wirtschaft

längst vom Sozialismus verdrängt werden müssen. Management-Forscher und High-Tech-Enthusiasten sprechen heute von kreativer Zerstörung, als sei die Wirtschaft eine Wildbahn und Innovation die einzige Waffe im darwinistischen Überlebenskampf. Der Glaubenssatz beansprucht einen Geltungsanspruch vom Individuum über das Unternehmen bis zum Staat, und deshalb treibt es nicht nur Angestellten und Managern, sondern auch Beamten und Ministern den Angstschweiss auf die Stirn.

Der zweite Glaubenssatz heisst: Die Innovation der Zukunft bringt Reichtum für wenige und Armut für viele. Wo es verkündet wird, fallen auch Worte wie «Automatisierung», «Digitalisierung» oder «Zweites Maschinenzeitalter». Um die Begriffe herum ist eine Ratgeberindustrie mit Milliardenumsätzen entstanden, die das Zeitalter der intelligenten Maschinen verkündet und in Bälde ganze Berufe vom Pfleger über den Chauffeur bis zum Anwalt durch Algorithmen wegrationalisiert sieht. Die Prognose, Maschinen würden als Kollateralschaden ihrer Effizienzgewinne ein Heer von Arbeitslosen produzieren, ist nur dann plausibel, wenn man vor lauter Zukunftsfixierung die Vergangenheit aus dem Blick verliert. Seit dem Beginn der Industrialisierung im späten 18. Jahrhundert ist es eine Konstante des Kapitalismus, dass Maschinen menschliche Arbeitskraft ersetzen. Alle

Befürchtungen aber, durch den technologischen Fortschritt werde früher oder später die Lohnarbeit selbst verschwinden, haben sich nie bewahrheitet. Im Gegenteil, Automatisierungsschübe haben regelmässig das Stellenwachstum in anderen Bereichen befeuert. Nur sah man das selten im Voraus.

Ein erhellendes Beispiel dafür ist die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, als die technologischen Innovationen im militärischen Bereich die gesamte Wirtschaft transformierten. Während ein paar Jahren klang das damalige Zukunftsszenario fast gleich wie heute. 1955 erschien in New York eine Schrift mit dem Titel «Das Zeitalter der Automatisierung» (The Age of Automation). Der Autor Warner Bloomberg schrieb: «Das Tempo und die Reichweite der jüngsten Entwicklungen sind ein Grund, warum viele Beobachter die Automatisierung als ‹zweite industrielle Revolution› bezeichnen. Die erste ‹industrielle Revolution› brachte die Zerstörung von geschätzten Handwerksberufen, die brutale Ausbeutung von Arbeitern und die Rückkehr von Rezessionen. Wegen dieser Effekte fürchten viele, die ‹zweite industrielle Revolution› werde auch zu Unruhe, Arbeitslosigkeit und Leiden für viele führen.» Im gleichen Jahr begannen im Amerikanischen Kongress Hearings zum Thema «Automatisierung und technologischer Wandel». Abgeordnete und Experten suchten nach staatlichen Massnahmen,

um die erwartete Massenarbeitslosigkeit in naher Zukunft aufzufangen. Nach ein paar Jahren Beratung wurden die Hearings ergebnislos eingestellt, und das war wohl die einzig richtige Massnahme, denn wir wissen heute, was folgte: Jahrzehnte der Vollbeschäftigung.

INNOVATIONSHYSTERIE UND PLANUNGSPHANTASIEN

Der Blick zurück kann uns helfen, zwei Dinge klarer zu sehen: Die Zukunftsszenarien vieler Innovationsberater von heute sind nicht sehr plausibel, und vor allem sind sie alles andere als innovativ. Sie halten an alten, von der Geschichte mehrfach widerlegten Annahmen fest, kleiden sie mit radikalen Glaubenssätzen aus dem Silicon Valley ein und treffen damit den Nerv vieler Menschen, die durch die höhere Arbeitslosigkeit und das tiefere Wirtschaftswachstum im Zuge der Finanz- und Staatsschuldenkrise verunsichert sind. Die gegenwärtige Lage macht uns empfänglich für Heilserwartungen und Untergangsszenarien, und darum gibt es aktuell viele Denker und Lenker, die ihre Hoffnung auf Erlösung in den Innovationsgospel setzen.

Wie aber soll die Erlösung erreicht werden? Innovationsberater sind nur dann erfolgreich, wenn sie ein glaubwürdiges Rezept gegen ihre eigenen Untergangsszenarien anbieten können. Sie müssen den Eindruck vermitteln, dass es einen Weg gibt, auf dem Menschen, Unternehmen und Staaten zum Innovationserfolg gelangen können, auch wenn sie nie sicher sein dürfen, ob sie das Ziel auch erreichen. Innovationsplanung ist das Kind der Innovationshysterie, und wie die Mutter ist die Tochter weniger innovativ geraten, als sie sich gerne gibt. Das Feld der staatlichen Innovationspolitik ist dafür exemplarisch.

DIE ROLLE DES STAATES

In den Planungsphantasien heutiger Innovationsberater nimmt die Politik die prominenteste Rolle ein. Offenbar wird der Staat als Vater des Neuen angesehen. Die bekanntesten Innovationsindices messen nicht die Erneuerungskraft von Unternehmen, Wirtschaftssektoren oder Wissenschaftsdisziplinen, sondern von Staaten. Die Schweiz steht auf ihren Ranglisten regelmässig an der Spitze, und entsprechend stolz berichten Schweizer Medien über die Resultate. Solche Indices haben aber nur Sinn, wenn man daran glaubt, dass Staaten Innovationen durch gezielte Steuerung herbeiführen können.

Wie soll das gehen? Der Global Innovation Index rechnet zu den steuerbaren Faktoren die staatlichen Ausgaben für Bildung und Forschung, die Anzahl der Hochschulstudenten sowie der Doktoranden in den Natur- und Technikwissenschaften. Solche «Inputkriterien» verraten mehr über die Vorannahmen der Indexbetreiber als über die Innovationsfähigkeit eines Staates. Offenbar trauen sie Menschen, die ihre Ausbildung ausserhalb von Hochschulen absolviert haben, keine Innovationen zu. Die Schweiz müsste demnach, um ihr Punktekonto weiter zu erhöhen, die Berufslehre abschaffen und möglichst aus jedem Schüler einen Studenten machen. Ob damit ihrer Innovationskraft ein Dienst erwiesen wird, ist angesichts der Misserfolge unserer Nachbarländer mit einer hochschulfixierten Bildungspolitik zu bezweifeln.

VOM LIBERALISMUS ZUM NEO-MERKANTILISMUS?

Die Vorannahmen der Indexbetreiber werden in der Schweiz von vielen Innovationsberatern und Politikern geteilt, und das nicht nur im Bereich der Bildung. Erstaunlicherweise sind es gerade die vermeintlichen Vertreter des Liberalismus, die das Heil im staatlichen Interventionismus suchen. Peter Grünenfelder, der Direktor von Avenir Suisse, hat Ende April 2016 in einem NZZ-Interview gefordert, die Wirtschaftspolitik der Schweizer Kantone sei «auf jene Bereiche zu fokussieren, die Wertschöpfung bringen und Potential haben». Dem Kanton Zürich verordnete er die Strategie: «Wir sind europaweit der führende Startup-Standort, wir richten unsere Politik konsequent darauf aus, von der Raumentwicklung über die Bewilligungsverfahren bis zur Steuerpolitik.»

Eine solche Innovationspolitik würde nicht dem «klassischen liberalen Welt- und Gesellschaftsbild» entsprechen, dem Avenir Suisse sonst verpflichtet ist, sondern an jene Wirtschaftsdoktrin anknüpfen, von der sich die klassischen Liberalen abgegrenzt haben: den Merkantilismus. Es war das Ziel von Merkantilisten wie Jean-Baptiste Colbert, durch die Subventionierung und Innovationsberatung von wertschöpfungsintensiven Industrien Handelsbilanzüberschüsse zu generieren und dadurch im Konkurrenzkampf mit anderen Staaten zu reüssieren. Für ihre liberalen Gegner war das eine Wirtschaftspolitik, die letztlich allen schadete. Ihnen zufolge schürte sie die Feindschaft zwischen den Staaten, verzerrte den Wettbewerb in den Binnenmärkten und bremste das wirtschaftliche Wachstum in ganz Europa. Liberale Denker in der Tradition von Adam Smith hegten grundsätzliche Zweifel an unserer Fähigkeit, die Wachstumstreiber der Zukunft im Voraus zu erkennen.

Sie betrachteten es daher als Zeichen der Verblendung, wenn Colbert dem französischen König zur Steigerung der Produktivität empfahl, Berufsgruppen wie die Juristen und Kleriker ganz abzuschaffen. Eine interventionistische Innovationspolitik im Stile des Merkantilismus birgt auch heute noch Risiken, die in der Regel zu wenig beachtet werden. In der Schweiz sind diese Risiken noch grösser als anderswo, weil die Produktivität unserer Wirtschaft auf vielen Sektoren und Faktoren beruht, und staatliche Steuerungsversuche damit fast zwangsläufig zu unintendierten Folgen führen würden.

Hätte man etwa in den frühen 1980er Jahren eine interventionistische Innovationspolitik betrieben, würde die Schweizer Uhrenindustrie wahrscheinlich nicht mehr existieren und ganz bestimmt nicht in der heutigen Form. Ihre mechanischen Produkte waren ungenauer, fehleranfälliger und teurer als die innovativen Quarzuhren – und das sind sie heute noch. Die damalige Wiederbelebungsidee, durch technologische Innovationsverweigerung und intensive Imagewerbung aus einem schlechten Zeitmesser ein attraktives Statussymbol zu machen, widerspricht allen Prinzipien einer merkantilistischen Innovationspolitik, und doch hat sie die Uhrenindustrie in den letzten Jahrzehnten zu einem der stärksten Wachstumstreiber der Schweizer Wirtschaft gemacht.

Angesichts der sektoralen und regionalen Vielfalt der Schweizer Wirtschaft nützt es wenig und schadet viel, wenn wir die Innovationspolitik der Schweiz an einem Staat wie Singapur messen, dessen Wertschöpfung hauptsächlich von der Finanzindustrie und dann noch ein bisschen vom Hafen erbracht wird. Singapur hat ein wirtschaftliches und politisches System, das auf eine neo-merkantilistische Steuerung wie in den alteuropäischen Monarchien zugeschnitten ist, und daher ist der Stadtstaat mit seiner interventionistischen Innovationspolitik auch erfolgreich. In der Schweiz dagegen wäre eine solche Politik im Vornherein zum Scheitern verurteilt.

Welche Innovationspolitik braucht die Schweiz? Die breit abgestützte Produktivität der Schweizer Volkswirtschaft ist die Folge einer liberalen Wirtschaftspolitik, die vor allem im 19. Jahrhundert von einer starken Skepsis gegenüber staatlichen Steuerungsversuchen geprägt war. Wir wissen heute zur Genüge, dass auch der Liberalismus teure Illusionen hervorgebracht hat, unter denen der Glaube an die Selbstheilungskräfte des Marktes nur eine unter vielen ist. Zugleich dürfen wir aber nicht vergessen, dass die Schweiz den Grundsätzen einer liberalen Innovationspolitik einen Gutteil ihrer wirtschaftlichen Prosperität und politischen Stabilität verdankt. Diese Grundsätze bestehen in der Herstellung

attraktiver Rahmenbedingungen für alle Wirtschaftsakteure durch tiefe Unternehmenssteuern, effiziente Regulierungen, hohe Rechtssicherheit, politische Stabilität und ein offenes und durchlässiges Bildungssystem.

In letzter Zeit sind einige dieser Grundsätze von verschiedener Seite verletzt worden, und das mag mit ein Grund sein, warum man derzeit das Heil vermehrt in neo-merkantilistischen Rezepten wie Patentboxen, Importsteuern und Exportsubventionen sucht. Solche Massnahmen werden der Schweiz jedoch eher die nächsten Streitigkeiten mit anderen Staaten als eine weitere Stärkung der eigenen Innovationskraft bescheren. Um Gegensteuer zu geben, müssten Politiker und Innovationsberater, die sich dem liberalen Gedankengut verpflichtet fühlen, erst einmal den Unterschied zwischen Merkantilismus und Liberalismus besser beachten und sich dann vom Einfluss subventionshungriger Lobbyisten aus allen Wirtschaftssektoren befreien. Sollte es der Schweiz tatsächlich gelingen, den Weg zu einer liberalen Wirtschaftspolitik zurückzufinden, wäre dem wichtigsten Erfolgsprinzip der Innovation Genüge getan: Man kann sie nur ermöglichen, aber nie ansteuern.



Ideen für die Zukunft

In der von Allreal in Zusammenarbeit mit dem Think Tank W.I.R.E. herausgegebenen Publikationsreihe stehen relevante Zukunftsthemen im Mittelpunkt. Einmal jährlich fokussiert RADAR auf aktuelle Entwicklungen in Forschung, Wirtschaft und Gesellschaft. Dabei sollen die relevanten Themen nicht nur benannt werden. Vielmehr will RADAR aufzeigen, wie sich bestimmte Trends mittel- bis langfristig auf unseren Alltag, auf die Wirtschaft und auf die Gesellschaft auswirken könnten.

In der jährlichen RADAR Mittagsveranstaltung referieren zudem Persönlichkeiten, die dank ihres Fachwissens, ihrer Tätigkeit und Erfahrung umfassend über das Schwerpunktthema informieren und dieses einordnen.

©2016 W.I.R.E.
Erstellt im Auftrag von Allreal
www.thewire.ch

Redaktion: W.I.R.E. | Dominique Meier
Konzept: W.I.R.E.
Mit Beiträgen von: Oliver Herren, Caspar Hirschi, Stefan Pabst, Stephan Sigrist
Gestaltung: W.I.R.E. | Kristina Milkovic
Lektorat: Ruth Rybi
Druck: Inkgroup, Zürich
Bildstrecke: ©Thomas Danthony, www.thomasdanthony.com